

Satzung zur Änderung der Friedhofsordnung

Aufgrund der §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. September 2016 (GVBl. S. 167), und des § 2 Abs. 3 des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes vom 5. Juli 2007 (GVBl. I S. 338, 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Februar 2013 (GVBl. S. 42), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) in ihrer Sitzung am 22.03.2018 folgende Satzung zur Änderung der Friedhofsordnung beschlossen:

Artikel 1

Die Friedhofsordnung vom 16. November 2007 wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht erhält die Überschrift zu § 17 folgende Fassung:
„Ehrengrabstätten, Patenschaftsgrabstätten“.
2. § 17 erhält folgende Fassung:
„Ehrengrabstätten, Patenschaftsgrabstätten
 - (1) Die Stadt Oberursel kann einer Grabstätte den Status einer Ehrengrabstätte zuerkennen. Mit der Zuerkennung obliegen ihr Anlage und Unterhaltung der Grabstätte. Nach der Zuerkennung bedarf die Bestattung weiterer Angehöriger in der Grabstätte der Zustimmung des Magistrats.
 - (2) Der Magistrat beschließt in jedem Einzelfall über die Verleihung eines Ehrengrabes.
 - (3) Ehrengräber können auf allen Friedhöfen der Stadt Oberursel eingerichtet werden. Gebühren nach der Friedhofsgebührensatzung werden nicht erhoben.
 - (4) Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die Wahlgrabstätten entsprechend.
 - (5) Patenschaftsgrabstätten sind Ehrengräber und Grabstätten, die unter Denkmalschutz stehen, an denen zum Zeitpunkt der Übernahme der Grabstätte durch die Patin oder den Paten kein Nutzungsrecht besteht. Eine Patin oder ein Pate kann eine natürliche Person oder eine juristische Person sein. Die Patin oder der Pate übernimmt die Pflege und Unterhaltung der Patenschaftsgrabstätte. Ihr oder ihm kann ein gebührenfreies Nutzungsrecht an der Grabstätte eingeräumt werden. Das Nähere regelt eine Vereinbarung zwischen der Patin oder dem Paten und der Stadt Oberursel.“

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Oberursel (Taunus), den 23.03.2018

Der Magistrat

Hans-Georg Brum
Bürgermeister

Öffentlich bekannt gemacht durch Hinweisbekanntmachung in der Taunus Zeitung am 24.03.2018

**Satzung der Stadt Oberursel (Taunus)
über die Benutzung der Friedhöfe und ihrer Einrichtungen
(Friedhofsordnung)**

Inhaltsübersicht

- I. Allgemeine Vorschriften
 - § 1 - Geltungsbereich
 - § 2 - Friedhofszweck
 - § 3 - Bestattungsbezirke
 - § 4 - Schließung und Entwidmung

- II. Ordnungsvorschriften
 - § 5 - Öffnungszeiten
 - § 6 - Verhalten auf dem Friedhof
 - § 7 - Gewerbetreibende

- III. Bestattungsvorschriften
 - § 8 - Allgemeines
 - § 9 - Beschaffenheit von Särgen und Urnen
 - § 10 - Ausheben der Gräber
 - § 11 - Ruhezeit
 - § 12 - Umbettungen

- IV. Grabstätten
 - § 13 - Allgemeines
 - § 14 - Reihengrabstätten
 - § 15 - Wahlgrabstätten
 - § 16 - Beisetzung von Aschen
 - § 17 - Ehrengrabstätten

- V. Gestaltung der Grabstätten
 - § 18 - Allgemeiner Gestaltungsgrundsatz
 - § 19 - Gestaltungsvorschriften für Grabmale
 - § 20 - Fundamente, Einfassungen, Abdeckungen
 - § 21 - Standsicherheit
 - § 22 - Unterhaltung
 - § 23 - Entfernung

- VI. Herrichtung und Pflege der Grabstätten
 - § 24 - Allgemeines
 - § 25 - Vernachlässigung

VII. Leichenhallen und Trauerfeiern

§ 26 - Benutzung der Leichenhallen

§ 27- Trauerfeiern

VIII. Schlussvorschriften

§ 28 - Alte Rechte

§ 29 - Haftung

§ 30 - Gebühren

§ 31 - Ordnungswidrigkeiten

§ 32 - In-Kraft-Treten/Außer-Kraft-Treten

**Satzung der Stadt Oberursel (Taunus)
über die Benutzung der Friedhöfe und ihrer Einrichtungen
(Friedhofsordnung)**

Aufgrund der §§ 5, 51 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.2006 (GVBl. I S. 666, 669) und des § 2 des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes vom 05.07.2007 (GVBl. I S. 338) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) in ihrer Sitzung am 15.11.2007 folgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich

Diese Friedhofsordnung gilt für folgende im Gebiet der Stadt Oberursel gelegenen und von ihr verwalteten Friedhöfe und Friedhofsteile:

Hauptfriedhof im Oberurseler Stadtwald, Alter Friedhof Oberursel an der Homburger Landstraße, Alter Friedhof Oberstedten, Waldfriedhof Oberstedten, Friedhof Stierstadt, Friedhof Weißkirchen.

§ 2

Friedhofszweck

Die Friedhöfe sind öffentliche Einrichtungen der Stadt Oberursel. Sie dienen der Bestattung aller Personen, die in Oberursel verstorben sind oder die bei ihrem Ableben Einwohner der Stadt Oberursel waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Die Bestattung anderer Personen kann zugelassen werden, wenn Angehörige der verstorbenen Person in Oberursel wohnen oder sonstige Beziehungen zu Oberursel dies rechtfertigen.

§ 3

Bestattungsbezirke

- (1) Auf den Friedhöfen in den Stadtteilen Oberstedten, Stierstadt und Weißkirchen werden grundsätzlich nur Personen bestattet, die im jeweiligen Ortsteil ihren Wohnsitz hatten. Der Bestattungsbezirk des Hauptfriedhofs und des Alten Friedhofs Oberursel an der Homburger Landstraße umfasst das übrige Stadtgebiet.
- (2) Von den Einschränkungen des Abs. 1 können nach Maßgabe der in § 2 genannten Kriterien Ausnahmen zugelassen werden.
- (3) Auf dem Alten Friedhof Oberstedten sind Erdbestattungen, sofern sie nicht durch alte Rechte begründet sind, unzulässig.

§ 4

Schließung und Entwidmung

- (1) Friedhöfe, Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus wichtigem öffentlichem Interesse geschlossen oder entwidmet werden. Durch Schließung wird die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen; durch die Entwidmung verliert der Friedhof seine Eigenschaft als öffentliche Bestattungseinrichtung. Besteht die Absicht der Schließung, so werden keine Nutzungsrechte mehr erteilt oder wiedererteilt.
- (2) Die Absicht der Schließung, die Schließung selbst und die Entwidmung sind jeweils öffentlich bekannt zu machen.
- (3) Die Stadt kann die Schließung verfügen, wenn keine Rechte auf Bestattung entgegenstehen.
- (4) Die Stadt kann die Entwidmung verfügen, wenn alle Nutzungsrechte und Ruhefristen abgelaufen sind.
- (5) Soweit zur Schließung oder Entwidmung Nutzungsrechte aufgehoben oder im Einvernehmen mit den Berechtigten abgelöst werden sollen, sind unter ersatzweiser Einräumung entsprechender Rechte auch Umbettungen ohne Kosten für den Nutzungsberechtigten möglich.

II. Ordnungsvorschriften

§ 5

Öffnungszeiten

- (1) Die Friedhöfe sind durchgehend geöffnet.
- (2) Die Stadt kann das Betreten aller oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.

§ 6

Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
- (2) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet,
 - a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art, ausgenommen Kinderwagen und Rollstühle, zu befahren,
 - b) Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen, und gewerbliche Dienste anzubieten,

- c) an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung Arbeiten auszuführen,
- d) ohne schriftlichen Auftrag der Angehörigen gewerbsmäßig zu fotografieren,
- e) Druckschriften zu verteilen,
- f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
- g) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten und Grabeinfassungen zu betreten,
- h) zu lärmern und zu spielen, zu essen und zu trinken sowie zu lagern, oder sich sportlich zu betätigen,
- i) Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde,
- j) die Nutzung von Wasserzapfstellen und Abfallbehälter zu anderen Zwecken als zur Pflege der Grabanlagen.

Die Stadt kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

§ 7

Gewerbetreibende

- (1) Gewerbliche Arbeiten an den Grabstätten dürfen grundsätzlich nur während der Arbeitszeit der Friedhofsverwaltung ausgeführt werden. Arbeiten, die außerhalb dieser Zeiten erfolgen sollen, müssen der Stadt angezeigt und von ihr genehmigt werden. An Samstagen, Sonn- und Feiertagen ist die Ausführung gewerblicher Arbeiten nicht gestattet.
- (2) Die Lagerung von Bauteilen auf den Friedhöfen ist nicht gestattet. Bei Beendigung oder bei Unterbrechung der Tagesarbeit sind die Arbeits- und die Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen. Die Gewerbetreibenden dürfen auf den Friedhöfen keinerlei Abfall, Abraum-, Rest- und Verpackungsmaterial ablagern. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden.

III. Bestattungsvorschriften

§ 8

Allgemeines

Bestattungen sind unverzüglich nach Beurkundung des Sterbefalls bei der Stadt anzumelden. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen. Wird eine Beisetzung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte/Urnengrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.

§ 9

Beschaffenheit von Särgen und Urnen

- (1) Die Säрге müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Für die Bestattung sind zur Vermeidung von Umweltbelastungen nur Säрге aus leicht abbaubarem Material (z.B. Vollholz) erlaubt, die keine PVC-, PCP-, formaldehydabspaltenden, nitrozellulosehaltigen oder sonstigen umweltgefährdenden Lacke und Zusätze enthalten. Entsprechendes gilt für Sargzubehör und -ausstattung. Die Kleidung der Leiche soll nur aus Papierstoff und Naturtextilien bestehen. Auch Überurnen, die in der Erde beigesetzt werden, müssen aus leicht abbaubarem, umweltfreundlichem Material bestehen.
- (2) Die Säрге sollen höchstens 2,05 m lang, 0,70 m hoch und im Mittelmaß 0,75 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Säрге erforderlich, ist die Zustimmung der Stadt bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.
- (3) Der maximal zulässige Durchmesser einer Überurne beträgt 0,25 m. Übergrößen bedürfen der Zustimmung der Stadt.

§ 10

Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber werden von der Stadt ausgehoben und wieder zugefüllt.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
- (3) Die Gräber für Erdbeisetzungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

§ 11

Ruhezeit

- (1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt 30 Jahre.

Auf dem Hauptfriedhof und dem Waldfriedhof Oberstedten beträgt die Ruhezeit 40 Jahre.

Bei Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr beträgt die Ruhezeit 15 Jahre.

- (2) Die Ruhezeit für Aschen beträgt auf allen Friedhöfen 20 Jahre.

§ 12

Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Stadt. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden. Umbettungen innerhalb des Stadtgebiets sind nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses zulässig. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte/Urnenreihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte/Urnenreihengrabstätte sind innerhalb des Stadtgebiets nicht zulässig. § 4 Abs. 5 bleibt unberührt. Ausbettungen von Urnen aus Urnenwahlgräbern im Friedhain sind nicht zulässig.
- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- oder Aschenreste können mit vorheriger Zustimmung der Stadt auch in belegte Grabstätten umgebettet werden.
- (4) Alle Umbettungen erfolgen nur auf Antrag; antragsberechtigt ist der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (5) Alle Umbettungen von Leichen werden unter Aufsicht der Stadt durchgeführt. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung. Das Ausheben und Schließen des neuen Grabes, ebenso die Umbettung von Urnen, werden von Mitarbeitern der Stadt oder deren Beauftragten durchgeführt.
- (6) Neben der Zahlung der Gebühren für die Umbettung haben die Antragsteller Ersatz für die Schäden zu leisten, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung zwangsläufig entstehen.
- (7) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (8) Leichen und Aschen zu anderen als zu Umbettungszwecken wieder auszugraben, bedarf einer behördlichen oder einer richterlichen Anordnung.

IV. Grabstätten

§ 13

Allgemeines

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Grabstätten werden unterschieden in
 - a) Reihengrabstätten,
 - b) Wahlgrabstätten,
 - c) Urnenreihengrabstätten,
 - d) Urnenwahlgrabstätten,
 - e) anonyme Urnenreihengrabstätten,
 - f) Ehrengabstätten.

Es besteht kein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb von Nutzungsrechten an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte, an Wahlgrabstätten, an Urnenwahlgrabstätten, an Ehrengrabstätten oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

§ 14

Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfalle für die Dauer von 30 Jahren abgegeben werden. Für die Dauer der Ruhezeit gemäß § 11 erwirbt der Empfänger der Grabanweisung ein Nutzungsrecht an der Reihengrabstätte. Diese Person ist Nutzungsberechtigter im Sinne dieser Satzung.
- (2) Es werden eingerichtet
 - a) Reihengrabfelder für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr,
 - b) Reihengrabfelder für Verstorbene vom vollendeten 5. Lebensjahr ab.
- (3) In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche beigesetzt werden. Ausnahmen können bei gleichzeitig verstorbenen Familienangehörigen zugelassen werden.
- (4) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten wird 3 Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht.
- (5) Schon beim Empfang der Grabanweisung soll der Nutzungsberechtigte für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch einen Vertrag übertragen, der erst im Zeitpunkt des Todes des Übertragenden wirksam wird. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über,
 - a) auf den überlebenden Ehegatten, und zwar auch dann, wenn Kinder aus einer früheren Ehe vorhanden sind,
 - b) auf die ehelichen, nichtehelichen und Adoptivkinder,
 - c) auf die Stiefkinder,
 - d) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
 - e) auf die Eltern,
 - f) auf die vollbürtigen Geschwister,
 - g) auf die Stiefgeschwister,
 - h) auf die nicht unter a) bis g) fallenden Erben.

Innerhalb der einzelnen Gruppen b) bis d) und f) bis h) wird der Älteste Nutzungsberechtigter. Das Nutzungsrecht erlischt, wenn es keiner der Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten innerhalb eines Jahres seit der Beisetzung übernimmt.

- (6) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus dem Kreis des Abs. 5 Satz 2 übertragen; er bedarf dazu der vorherigen Zustimmung der Stadt. Abs. 5 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.
- (7) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte.

§ 15

Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 40 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Der Wiedererwerb eines Nutzungsrechts ist nur auf Antrag und nur für die gesamte Wahlgrabstätte für eine Dauer von mindestens 10 Jahren möglich. Die Stadt kann Erwerb und Wiedererwerb von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten ablehnen, insbesondere wenn die Schließung gem. § 4 beabsichtigt ist.
- (2) Es werden unterschieden ein- und mehrstellige Grabstätten als Einfach- oder Tiefgräber. In einem Tiefgrab sind bei gleichzeitig laufenden Ruhezeiten nur 2 Beisetzungen übereinander zulässig. Die Anlage von Tiefgräbern ist nur bei geeigneten Boden- und Raumverhältnissen möglich.
- (3) Das Nutzungsrecht entsteht nach Zahlung der fälligen Gebühr mit Aushändigung der Verleihungsurkunde.
- (4) Auf den Ablauf des Nutzungsrechts wird der jeweilige Nutzungsberechtigte 3 Monate vorher schriftlich - falls er nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln ist, durch einen dreimonatigen Hinweis auf der Grabstätte - hingewiesen.
- (5) Eine Beisetzung darf nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht übersteigt oder ein Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit wiedererworben worden ist.
- (6) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch einen Vertrag übertragen, der erst im Zeitpunkt des Todes des Übertragenden wirksam wird. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, gilt § 14 Abs. 5 Satz 2 und 3 entsprechend. Das Nutzungsrecht erlischt, wenn es keiner der Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten innerhalb eines Jahres seit der Beisetzung übernimmt.
- (7) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus dem Kreis des Abs. 6 Satz 2 übertragen; er bedarf dazu der vorherigen Zustimmung der Stadt.
- (8) Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.

- (9) Abs. 6 gilt in den Fällen der Abs. 7 und 8 entsprechend.
- (10) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofssatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Beisetzungen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.
- (11) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte.
- (12) Auf das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit verzichtet werden. Ein Verzicht ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.

§ 16

Beisetzung von Aschen

- (1) Aschen dürfen beigesetzt werden in
- a) Urnenreihengrabstätten,
 - b) Urnenwahlgrabstätten,
 - c) anonymen Urnenreihengrabstätten,
 - d) Wahl- und Ehrengabstätten,
 - e) Reihengabstätten in den ersten 10 Jahren der Nutzungszeit,
 - f) Urnenwahlgräber im Friedhain.
- (2) Urnenreihengabstätten sind Aschengabstätten, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zur Beisetzung einer Asche abgegeben werden. In einer Urnenreihengabstätte können mehrere Aschen gleichzeitig beigesetzt werden.
- (3) Urnenwahlgrabstätten sind Aschengabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Die Zahl der Urnen, die in einer Urnenwahlgrabstätte beigesetzt werden können, richtet sich nach der Größe der Aschengabstätte. Im Friedhain werden Urnenwahlgräber für zwei Urnen vergeben.
- (4) In anonymen Urnenreihengabstätten werden Urnen der Reihe nach innerhalb einer Fläche von 0,25 m mal 0,25 m je Urne für die Dauer der Ruhezeit beigesetzt. Diese Grabstätten werden nicht gekennzeichnet. Sie werden vergeben, wenn dies dem Willen des Verstorbenen entspricht.
- (5) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihengabstätten und für Wahlgrabstätten entsprechend auch für Urnengabstätten.

§ 17

Ehrengrabstätten

- (1) Bürgermeister und Ehrenbürger der Stadt Oberursel (Taunus) und der früher selbständigen Gemeinden Oberstedten, Stierstadt und Weißkirchen können Ehrengräber erhalten.

Das Gleiche gilt auch für die Ehegatten der vorgenannten Personen, auch wenn diese vorher sterben. Andere Angehörige dürfen in einem Ehrengrab nicht bestattet werden.

- (2) Der Magistrat beschließt in jedem Einzelfall über die Verleihung eines Ehrengrabes.
- (3) Ehrengräber werden auf allen Friedhöfen der Stadt Oberursel im Feld der Wahlgräber verliehen. Gebühren nach der „Satzung der Stadt Oberursel über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe und ihrer Einrichtungen“ in der jeweils gültigen Fassung werden nicht erhoben.
- (4) Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die Wahlgräber entsprechend.

V. Gestaltung der Grabstätten

§ 18

Allgemeiner Gestaltungsgrundsatz

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

§ 19

Gestaltungsvorschriften für Grabmale

- (1) Auf den Grabstätten dürfen zum Gedenken an die dort Ruhenden Grabmale errichtet werden; sie müssen der Würde des Friedhofes entsprechen.

Die maximale Grabmalhöhe über Geländenniveau beträgt in der Regel bei

- | | |
|----------------------------------|---------|
| a) Erdbestattungs- Wahlgräbern | 1,50 m, |
| b) Erdbestattungs- Reihengräbern | 1,20 m, |
| c) Urnen- Wahlgräbern | 0,80 m, |
| d) Urnen- Reihengräbern | 0,60 m. |

- (2) Die Errichtung oder Änderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Stadt. Der entsprechende Antrag ist unter Verwendung eines bei der Stadt erhältlichen Antragsformulars in doppelter Ausführung zu stellen. Folgende Unterlagen sind dem Antrag in doppelter Ausführung beizufügen:

- a) Zeichnung des Grabmales im Maßstab 1:10 oder 1:20; Vorder- und Seitenansicht oder Perspektive oder Lichtbild (Größe 9x12 cm) mit den Maßen der einzelnen Grabmale für Höhe, Breite und Stärke sowie der Gesamthöhe des Grabmals,
- b) Darstellungen der Inschrift nach Inhalt und Anordnung,
- c) Angabe des Materials und der Bearbeitungsweise.

Auf Verlangen sind Zeichnungen in größerem Maßstab, farbige Ausführungen oder Schriftzeichnungen in natürlicher Größe und Modelle vorzulegen.

- (3) Bis zur Errichtung eines Grabmals können die Grabstätten mit einem Holzkreuz oder einem gleichwertigen Sinnbild, das den Namen des Verstorbenen trägt, gekennzeichnet werden.
- (4) Die Grabmale einer Gräberreihe sind in eine Flucht zu stellen, die von der Stadt vorgegeben wird.
- (5) Die mit dem Genehmigungsvermerk versehene Zeichnung muss während der Bauarbeiten zur Einsicht bereitgehalten werden.

§ 20

Fundamente, Einfassungen, Abdeckungen

- (1) Alle Gräber dürfen erst nach Erteilen der Grabmalgenehmigung mit einem standfesten und frostsicheren Fundament versehen werden.
- (2) Einfassungen sind zulässig, wenn sie folgende Ausmaße aufweisen:

Urnen - Reihengräber	0,60 m x 0,40 m,
Urnen - Wahlgräber (ein- oder zweistellig)	0,75 m x 0,75 m,
Urnen - Wahlgräber (bis zu sechsstellig)	1,00 m x 1,00 m,
Erdbestattungs - Reihengräber für Kinder	1,20 m x 0,60 m,
Erdbestattungs - Reihengräber für Erwachsene i.d.R.	1,90 m x 0,85 m,
Erdbestattungs - Wahlgräber je Grabstelle i.d.R.	2,50 m x 1,25 m.

Erdbestattungsgräber sind einzufassen. Die Einfassungen bestehen aus Stein oder Bepflanzung; Einfassungen aus anderem Material sind nicht zulässig. Abweichend hiervon können vorübergehend, bis zu einem Jahr nach der Bestattung, Massivholzrahmen verwendet werden.

- (3) Die Abdeckung muss auf der Grabeinfassung fest aufliegen, sie darf über die Außenkante der Einfassung nicht hinausragen. Bei Urnen - Reihengräbern kann von der Verwendung von Einfassungen abgesehen werden.

Als Abdeckung werden ein bis zwei Platten aus Stein über die gesamte Fläche des Grabes zugelassen.

Bei der Verwendung von Abdeckungen darf die Gesamthöhe das Geländeniveau und bei Wahlgräbern die Wegekante nicht mehr als 10 cm übersteigen.

- (4) Auf dem Hauptfriedhof und dem Waldfriedhof Oberstedten sind bei Grabneuanlagen für Erdbestattungen Grababdeckungen unzulässig.
- (5) Die Errichtung oder Änderung von Einfassungen und Abdeckungen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Stadt. Die Regelung des § 19 (2) dieser Satzung gilt entsprechend.
- (6) Urnenwahlgrabstätten im Friedhain können nur mit einem liegenden bodenebenen Grabmal im Maß (40 cm x 30 cm) gekennzeichnet werden. Sonstiger Grabschmuck ist unzulässig.

§ 21

Standicherheit

- (1) Die Grabmale, Einfassungen und Abdeckungen sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemeinen anerkannten Regeln des Handwerks zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können.
- (2) Bei der Belegung einer Grabstätte ist ein vorhandenes Grabmal, gegebenenfalls einschließlich des Fundamentes, vor Beginn des Grabaushubs abzubauen.
- (3) Wenn wegen einer Beisetzung, nach Festlegung der Stadt, Grabmale von Nachbargrabstätten abgehoben werden müssen, ist das von den veranlassenden Nutzungsberechtigten auf ihre Kosten vornehmen zu lassen. Die Nutzungsberechtigten der betroffenen Nachbargrabstätten sind rechtzeitig zu benachrichtigen.
- (4) Die Mindeststärke, die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente, bestimmt die Stadt gleichzeitig mit der Zustimmung nach § 19 Abs. 2. Sie kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung durchgeführt worden ist.

§ 22

Unterhaltung

- (1) Die Grabmale, Einfassungen und Abdeckungen sind dauernd in verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich dafür ist der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (2) Erscheint die Standicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die Nutzungsberechtigten verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann die Stadt auf Kosten des Nutzungsberechtigten Sicherungsmaßnahmen (z. B. Umlegen von Grabmalen, Absperrungen) treffen. Die Nutzungsberechtigten sind für jeden Schaden haftbar, der durch Umfallen von Grabmalen oder sonstiger baulicher Anlagen oder durch Abstürzen von Teilen davon verursacht wird.

§ 23

Entfernung

- (1) Grabmale, Einfassungen und Abdeckungen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Stadt von der Grabstätte entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmale, Einfassungen und Abdeckungen zu entfernen. Sind die Grabmale, Einfassungen und Abdeckungen nicht innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts entfernt, fallen sie entschädigungslos in die Verfügungsgewalt der Stadt. Auf den Fristbeginn wird in geeigneter Weise auf dem jeweiligen Friedhof sowie durch amtliche Bekanntmachung hingewiesen.

VI. Herrichtung und Pflege der Grabstätten

§ 24

Allgemeines

- (1) Alle Grabstätten müssen würdig hergerichtet und dauernd verkehrssicher instand gehalten werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
- (2) Die Höhe und die Form der Grabhügel und die Art ihrer Gestaltung sind dem Gesamtcharakter des Friedhofs, dem besonderen Charakter des Friedhofteils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen und eine maximale Höhe von 2 m haben.
- (3) Für die Herrichtung und die Instandhaltung ist der Nutzungsberechtigte verantwortlich. Die Verpflichtung erlischt erst mit dem Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts.
- (4) Jede wesentliche Änderung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Stadt.
- (5) Es ist nicht gestattet, Gießkannen und andere Geräte auf den Grabstätten oder hinter den Grabmalen aufzubewahren.
- (6) Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten müssen binnen 6 Monaten nach der Beisetzung, Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten binnen 6 Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechts hergerichtet sein.
- (7) Die Pflege und Unterhaltung der Zwischenstreifen zwischen den Gräbern obliegt den Nutzungsberechtigten der angrenzenden Grabstätten.
- (8) Kunststoffe und andere nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden- und -gestecken nicht verwendet werden. Kleinzubehör wie Blumentöpfe, Grablichter, Plastiktüten aus nicht verrottbarem Material sind vom Friedhof zu entfernen oder in den zur Abfalltrennung bereitgestellten Behältern zu entsorgen.

§ 25

Vernachlässigung

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Nutzungsberechtigte auf schriftliche Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweis auf der Grabstätte auf Dauer von 3 Monaten.
- (2) Wird die Aufforderung nicht befolgt, können Grabstätten von der Friedhofsverwaltung abgeräumt, eingeebnet und eingesät werden. Die Stadt ist berechtigt, in diesem Fall das Nutzungsrecht ohne Entschädigung zu entziehen.
- (3) Der Nutzungsberechtigte ist in den schriftlichen Aufforderungen und der öffentlichen Bekanntmachung auf die für ihn maßgeblichen Rechtsfolgen des Absatzes 2 und in dem Entziehungsbescheid auf die Rechtsfolgen des § 23 Abs. 2 Satz 2 hinzuweisen.
- (4) Verwelkte Blumen und Kränze kann die Friedhofsverwaltung nach angemessener Frist ohne Ankündigung beseitigen.

VII. Leichenhallen und Trauerfeiern

§ 26

Benutzung der Leichenhallen

- (1) Die Leichenhallen dienen der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie dürfen nur mit Erlaubnis der Stadt und in Begleitung eines Angehörigen des Friedhofpersonals betreten werden.
- (2) Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen die Verstorbenen während der von der Friedhofsverwaltung festgesetzten Zeiten sehen. Die Särge sind spätestens eine Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder der Beisetzung von den Pietäten endgültig zu schließen.
- (3) Die Särge der an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten Verstorbener sollen in einem besonderen Raum der Leichenhalle aufgestellt werden. Der Zutritt zu diesen Räumen und die Besichtigung der Leichen bedürfen zusätzlich der vorherigen Zustimmung des Amtsarztes.

§ 27

Trauerfeiern

- (1) Die Trauerfeiern werden in der jeweiligen Trauerhalle abgehalten. Über Ausnahmen von Satz 1 entscheidet die Stadt auf Antrag.

- (2) Die Aufbahrung des Verstorbenen in der Trauerhalle kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.
- (3) Die Trauerfeiern sollen jeweils nicht länger als 30 Minuten dauern. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Stadt.
- (4) Die Zeiten für Beerdigungen und Trauerfeiern werden von der Stadt festgesetzt.

VIII. Schlussvorschriften

§ 28

Alte Rechte

- (1) Soweit nach früherem Recht die Nutzungsdauer für mehrstellige Wahlgräber erst nach Ablauf der Ruhefrist des Letztverstorbenen enden sollte, wird der Ablauf der Nutzungsdauer für diese Gräber auf den 31.12.2011 festgesetzt. Verlängerungen dieser Nutzungsdauer über den 31.12.2011 hinaus erfolgen nach den Bestimmungen dieser Satzung.
- (2) Soweit nach früherem Recht Nutzungsrechte an bestehenden Ehrengräbern auf 50 Jahre verliehen wurden, bleiben diese Rechte unberührt. Verlängerungen dieser Nutzungsdauer erfolgen nach den Bestimmungen dieser Satzung.

§ 29

Haftung

Die Stadt Oberursel haftet nicht für Schäden, die durch nichtsatzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen und ihrer Einrichtung, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Im Übrigen haftet die Stadt Oberursel nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.

§ 30

Gebühren

Für die Benutzung der Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

§ 31

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - 1. sich als Besucher entgegen § 6 Abs. 1 nicht der Würde des Friedhofs entsprechend verhält oder Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt,

2. entgegen § 6 Abs. 2

- a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art, ausgenommen Kinderwagen und Rollstühlen, befährt,
- b) Waren aller Art, insbesondere Kränze oder Blumen, oder gewerbliche Dienste anbietet,
- c) an Sonn- oder Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung Arbeiten ausführt,
- d) ohne schriftlichen Auftrag der Angehörigen gewerbsmäßig fotografiert,
- e) Druckschriften verteilt,
- f) Abraum oder Abfall außerhalb der dafür bestimmten Stellen abgelagert,
- g) den Friedhof, seine Einrichtungen oder Anlagen verunreinigt oder beschädigt, Einfriedungen oder Hecken übersteigt oder Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten oder Grabeinfassungen betritt,
- h) lärmt, isst, trinkt, lagert, oder sich sportlich betätigt,
- i) Tiere - außer Blindenhunde - mitbringt,
- j) die Wasserzapfstellen oder Abfallbehälter zu anderen Zwecken als zur Pflege der Grabanlagen benutzt,

3. als Gewerbetreibender entgegen § 7 außerhalb der festgesetzten Zeiten Arbeiten durchführt oder Bauteile unzulässig lagert,

4. entgegen § 19 Abs. 2 oder § 20 Abs. 5 ohne vorherige Zustimmung Grabmale, Einfassungen oder Abdeckungen errichtet oder verändert,

5. Grabmale, Einfassungen oder Abdeckungen entgegen § 21 Abs. 1 nicht fachgerecht befestigt oder fundamentiert,

6. Grabmale, Einfassungen oder Abdeckungen entgegen § 22 Abs. 1 nicht in verkehrssicherem Zustand hält,

7. Grabmale, Einfassungen oder Abdeckungen entgegen § 23 Abs. 1 ohne vorherige schriftliche Zustimmung entfernt,

8. Kunststoffe oder andere nicht verrottbare Werkstoffe entgegen § 24 Abs. 8 verwendet oder so beschaffenes Zubehör nicht vom Friedhof entfernt oder in den bereitgestellten Behältern entsorgt,

9. Grabstätten entgegen § 25 nicht ordnungsgemäß herrichtet oder pflegt.

(2) Jede Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 32

In-Kraft-Treten/Außer-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Oberursel (Taunus) über die Benutzung der Friedhöfe und ihrer Einrichtungen vom 31.07.2004 außer Kraft.

Oberursel (Taunus), den 16.11.2007

Der Magistrat

Hans-Georg Brum
Bürgermeister

**Satzung der Stadt Oberursel (Taunus)
über die Benutzung der Friedhöfe
und ihrer Einrichtungen
(Friedhofsordnung)**

Aufgrund der §§ 5, 19, 20 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.02.2023 (GVBl. S. 90, 93) und des § 2 des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes vom 05.07.2007 (GVBl. I S. 338), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.08.2018 (GVBl. S. 381), sowie der §§ 1, 2, 9 und 10 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben vom 24.03.2013 (GVBl. S. 134), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.05.2018 (GVBl. S. 247), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) in ihrer Sitzung am 29.06.2023 folgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeine Vorschriften

**§ 1
Geltungsbereich**

Diese Friedhofsordnung gilt für folgende im Gebiet der Stadt Oberursel gelegenen und von ihr verwalteten Friedhöfe und Friedhofsteile:

- Alter Friedhof Oberursel (Geschwister-Scholl-Platz),
- Hauptfriedhof (An der Waldlust),
- Alter Friedhof Oberstedten,
- Waldfriedhof Oberstedten,
- Friedhof Stierstadt,
- Friedhof Weißkirchen.

**§ 2
Friedhofsziel**

Die Friedhöfe bilden in ihrer Gesamtheit eine öffentliche Einrichtung der Stadt Oberursel (Taunus). Sie dienen der Bestattung aller Personen, die in Oberursel (Taunus) verstorben sind oder die bei ihrem Ableben Einwohner der Stadt Oberursel (Taunus) waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Die Bestattung anderer Personen kann zugelassen werden, wenn Angehörige der verstorbenen Person in Oberursel (Taunus) wohnen oder sonstige Beziehungen zu Oberursel (Taunus) dies rechtfertigen.

§ 3

Bestattungsbezirke

- (1) Auf den Friedhöfen in den Stadtteilen Oberstedten, Stierstadt und Weißkirchen werden grundsätzlich nur Personen bestattet, die im jeweiligen Ortsteil ihren Wohnsitz hatten. Der Bestattungsbezirk des Alten Friedhofs Oberursel und des Hauptfriedhofs umfasst das übrige Stadtgebiet. Von den Einschränkungen des Abs. 1 können nach Maßgabe der in § 2 genannten Kriterien Ausnahmen zugelassen werden.
- (2) Auf dem Alten Friedhof Oberstedten sind Erdbestattungen unzulässig, ebenfalls ist eine Verlängerung von Erdwahlgrabstätten ausgeschlossen.

§ 4

Schließung und Entwidmung

- (1) Friedhöfe, Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können geschlossen oder entwidmet werden. Durch Schließung wird die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen; durch die Entwidmung verliert der Friedhof seine Eigenschaft als öffentliche Bestattungseinrichtung. Besteht die Absicht der Schließung, so werden keine Nutzungsrechte mehr erteilt oder wiedererteilt.
- (2) Die Schließung selbst und die Entwidmung sind jeweils öffentlich bekannt zu machen.
- (3) Die Stadt kann die Schließung verfügen, wenn keine Rechte auf Bestattung entgegenstehen.
- (4) Die Stadt kann die Entwidmung verfügen, wenn alle Ruhefristen abgelaufen sind.
- (5) Soweit zur Schließung oder Entwidmung Nutzungsrechte aufgehoben oder im Einvernehmen mit den Berechtigten abgelöst werden sollen, sind unter ersatzweiser Einräumung entsprechender Rechte auch Umbettungen ohne Kosten für den Nutzungsberechtigten möglich.

II. Ordnungsvorschriften

§ 5

Öffnungszeiten

- (1) Die Friedhöfe sind täglich geöffnet. Zwischen 21:00-06:00 ist der Aufenthalt auf den Friedhöfen nicht gestattet.
- (2) Das Betreten eines Friedhofs oder einzelner Friedhofsteile kann aus wichtigem Grund untersagt werden (insbesondere aus Gründen der Verkehrssicherheit zum Beispiel bei extremen Witterungssituationen).

§ 6

Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
- (2) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet:

- a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art, ausgenommen Kinderwagen, Rollstühle und Fahrzeuge welche für die Ausübung von Bestattungsdienstleistungen notwendig sind, zu befahren,
- b) Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen, und gewerbliche Dienste anzubieten,
- c) an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung Arbeiten auszuführen,
- d) ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Stadt gewerbsmäßig zu fotografieren,
- e) Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen von Bestattungsfeiern notwendig und üblich sind sowie Informationsschriften der Friedhofsverwaltung,
- f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
- g) Abraum, Erdaushub, Grünabfälle und Müll jeglicher Art von außerhalb des Friedhofs mitzubringen und dort zu entsorgen,
- h) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten und Grabeinfassungen zu betreten,
- i) zu lärmern und zu spielen, zu essen und zu trinken sowie zu lagern, oder sich sportlich zu betätigen,
- j) Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde,
- k) die Nutzung von Wasserzapfstellen und Abfallbehältern zu anderen Zwecken als zur Pflege der Grabanlagen.

Die Stadt kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

§ 7

Dienstleistungserbringer

- (1) An Sams-, Sonn- und Feiertagen ist die Ausführung gewerblicher Arbeiten nicht gestattet. Steinmetzbetriebe haben sich vor Ausführung von Neuanlagen bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Gewerbliche Arbeiten an den Grabstätten dürfen grundsätzlich nur während der Öffnungszeiten der Friedhöfe ausgeführt werden. Arbeiten, die außerhalb dieser Zeiten erfolgen sollen, müssen der Stadt angezeigt und von ihr genehmigt werden.
- (2) Die Lagerung von Bauteilen auf den Friedhöfen ist nicht gestattet. Bei Beendigung oder bei Unterbrechung der Tagesarbeit sind die Arbeits- und die Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen. Dienstleistungserbringer dürfen auf den Friedhöfen keinerlei Abfall-, Abraum-, Rest- und Verpackungsmaterial ablagern. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden.
- (3) Dienstleistungserbringer und ihre Bediensteten haben die Friedhofsordnung zu beachten. Dienstleistungserbringer haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit einer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.
- (4) Die Stadt verlangt für die Aufnahme der Tätigkeit der Dienstleistungserbringer, dass diese in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung nachweisen.
- (5) Dienstleistungserbringern, die trotz schriftlicher Abmahnung gegen die Vorschriften der Friedhofssatzung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen aus Absatz 4 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann die Stadt die Tätigkeit auf dem Friedhof verbieten. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine vorherige Abmahnung entbehrlich.

III. Bestattungsvorschriften

§ 8

Allgemeines

- (1) Bestattungen sind unverzüglich nach Beurkundung des Sterbefalls bei der Stadt anzumelden. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen. Wird eine Beisetzung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte/Urnengrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen. Bei Bestattungen ohne Nutzung der Trauerhalle ist die Trauerrede an Grabstätten abzuhalten.
- (2) Die Stadt regelt Ort, Zeit und Dauer der Bestattung.

§ 9

Beschaffenheit von Särgen und Urnen

- (1) Die Säрге müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Für die Bestattung sind zur Vermeidung von Umweltbelastungen nur Säрге aus leicht abbaubarem Material (z.B. Vollholz) erlaubt, die keine PVC-, PCP-, formaldehydabspaltenden, nitrozellulosehaltigen oder sonstigen umweltgefährdenden Lacke und Zusätze enthalten. Entsprechendes gilt für Sargzubehör und -ausstattung. Die Kleidung der Leiche soll nur aus Papierstoff und Naturtextilien bestehen. Auch Überurnen, die in der Erde beigesetzt werden, müssen aus leicht abbaubarem, umweltfreundlichem Material bestehen.
- (2) Die Säрге sollen höchstens 2,05 m lang, 0,70 m hoch und im Mittelmaß 0,75 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Säрге erforderlich, ist die Zustimmung der Stadt bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.
- (3) Der maximal zulässige Durchmesser einer Überurne beträgt 0,25 m. Übergrößen bedürfen der Zustimmung der Stadt.

§ 10

Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber werden von der Stadt ausgehoben und wieder zugefüllt.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
- (3) Die Gräber für Erdbeisetzungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

§ 11

Ruhezeit

- (1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt 30 Jahre. Auf dem Hauptfriedhof und dem Waldfriedhof Oberstedten beträgt die Ruhezeit 40 Jahre.
- (2) Bei Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr beträgt die Ruhezeit 15 Jahre.

- (3) Die Ruhezeit für Aschen beträgt auf allen Friedhöfen 20 Jahre.

§ 12 Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Die vorherige Zustimmung für die Umbettung von Leichen darf nur erteilt werden, wenn besondere Gründe das öffentliche Interesse an der Wahrung der Totenruhe deutlich überwiegen. Es gelten die gesetzlichen Regelungen. § 4 Abs. 5 bleibt unberührt. Eine Umbettung aus einer Reihengrabstätte/Urnenreihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte/Urnengrabstätte ist innerhalb des Stadtgebiets nicht zulässig.
- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- oder Aschenreste können mit vorheriger Zustimmung der Stadt auch in belegte Grabstätten umgebettet werden.
- (4) Alle Umbettungen erfolgen nur auf schriftlichen Antrag; antragsberechtigt ist der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (5) Alle Umbettungen von Leichen werden unter Aufsicht der Stadt durchgeführt. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung. Das Ausheben und Schließen des neuen Grabes, ebenso die Umbettung von Urnen, werden von Mitarbeitern der Stadt oder deren Beauftragten durchgeführt und findet ohne Anwesenheit Dritter statt.
- (6) Neben der Zahlung der Gebühren für die Umbettung haben die Antragsteller Ersatz für die Schäden zu leisten, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung zwangsläufig entstehen.
- (7) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (8) Leichen und Aschen zu anderen als zu Umbettungszwecken wieder auszugraben, bedarf einer behördlichen oder einer richterlichen Anordnung.
- (9) Umbettungen von Leichen dürfen nur im Zeitraum zwischen dem 31. Oktober und dem 31. März vorgenommen werden.

IV. Grabstätten

§ 13 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Grabstätten werden unterschieden in:
 - a) Reihengrabstätten (§ 14)
 - b) Wahlgrabstätten (§ 15)
 - c) Urnenreihengrabstätten (§ 16 Abs. 2)
 - d) Urnenwahlgrabstätten (§ 16 Abs. 3)
 - e) anonyme Urnenreihengrabstätten (§ 16 Abs. 4)
 - f) Ehrengabstätten (§ 17)

Es besteht kein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb von Nutzungsrechten an einer der Lage nach bestimmten Grabstätten, an Wahlgrabstätten, an Urnenwahlgrabstätten, an Ehrengrabstätten oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

(3) Übersicht über die Grabarten und Grabstätten

Grabart	Ruhefrist in Jahren	Nut- zungs- dauer in Jahren	Vorkauf möglich	Verlänge- rung möglich	Freie Grabge- staltung / Grabpflege	Möglich auf Friedhöfen *
Erdreihengrabstätte (vom vollendeten 5. Lebensjahr)	30	30	Nein	Nein	Ja	1, 5 - 6
Erdreihengrabstätte (vom vollendeten 5. Lebensjahr)	40	40	Nein	Nein	Ja	2, 4
Erdreihengrabstätte (bis zum vollendeten 5. Lebensjahr)	15	30	Nein	Nein	Ja	1 - 2, 4 - 6
Erdwahlgrabstätte	30	40	Nein	Ja	Ja	1, 5 - 6
Erdwahlgrabstätte (nur Hauptfriedhof und Waldfriedhof Oberstedten)	40	40	Nein	Ja	Ja	2, 4
Wiesen-Erdwahlgrabstätte	30	30	Nein	Ja	Nein	1
Urnenreihengrabstätte	20	20	Nein	Nein	Ja	1 - 6
Urnengrabstätte anonymes Feld	20	20	Nein	Nein	Nein	2
Gärtnerbetreute Urnenreihengrabstätte	20	20	Nein	Nein	Inbegriffen	1 - 2
Urnenwahlgrabstätte zweistellig	20	30	Nein	Ja	Ja	1 - 6
Urnenwahlgrabstätte bis zu sechstellig	20	30	Nein	Ja	Ja	1 - 6
Wiesen-Urnenwahlgrabstätte (Friedhain / Friedgarten)	20	30	Nein	Ja	Nein	1 - 6

1 = Alter Friedhof Oberursel (Bommersheim) / 2 = Hauptfriedhof / 3 = Alter Friedhof Oberstedten / 4 = Waldfriedhof Oberstedten / 5 = Friedhof Stierstadt / 6 = Friedhof Weißkirchen

§ 14 Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfalle für die Dauer von 30 Jahren abgegeben werden. Für die Dauer der Ruhezeit gemäß § 11 erwirbt der Empfänger der Grabanweisung ein Nutzungsrecht an der Reihengrabstätte. Diese Person ist Nutzungsberechtigter im Sinne dieser Satzung.
- (2) Es werden eingerichtet
 - a) Reihengrabfelder für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr,
 - b) Reihengrabfelder für Verstorbene vom vollendeten 5. Lebensjahr ab.
- (3) In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche beigesetzt werden.

- (4) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten wird 3 Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht.
- (5) Schon beim Empfang der Grabanweisung soll der Nutzungsberechtigte für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch einen Vertrag übertragen, der erst im Zeitpunkt des Todes des Übertragenden wirksam wird. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über,
- a) auf den überlebenden Ehegatten, und zwar auch dann, wenn Kinder aus einer früheren Ehe vorhanden sind,
 - b) auf die ehelichen, nichtehelichen und Adoptivkinder,
 - c) auf die Stiefkinder,
 - d) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
 - e) auf die Eltern,
 - f) auf die vollbürtigen Geschwister,
 - g) auf die Stiefgeschwister,
 - h) auf die nicht unter a) bis g) fallenden Erben.
- Innerhalb der einzelnen Gruppen b) bis d) und f) bis h) wird der Älteste Nutzungsberechtigter. Das Nutzungsrecht erlischt, wenn es keiner der Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten innerhalb eines Jahres seit der Beisetzung übernimmt.
- (6) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus dem Kreis des Abs. 5 Satz 2 übertragen; er bedarf dazu der vorherigen Zustimmung der Stadt. Abs. 5 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.
- (7) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte.

§ 15

Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 bzw. 40 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Die Platzvorgabe erfolgt durch die Stadt. Der Wiedererwerb eines Nutzungsrechts ist nur auf Antrag und nur für die gesamte Wahlgrabstätte für eine Dauer von mindestens 10 Jahren möglich. Die Stadt kann Erwerb und Wiedererwerb von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten ablehnen, insbesondere wenn die Schließung gem. § 4 beabsichtigt ist oder bei ungepflegten Grabstätten wenn nach Aufforderung keine Grabpflege stattfindet.
- (2) Es werden unterschieden ein- und mehrstellige Grabstätten als Einfach- oder Tiefgräber, sowie Wiesen-Erdwahlgräber. Die Anlage von Tiefgräbern ist nur bei geeigneten Boden- und Raumverhältnissen möglich. Bei Erdwahl- und Tiefgräbern, sind zusätzlich bis zu vier Urnenbeisetzungen je Grabstelle möglich. Bei Wiesen-Erdwahlgräbern sind zusätzlich bis zu zwei Urnenbeisetzungen unter der Grabmalplatte zulässig. Eine Grabmalplatte ist Pflicht.
- (3) Für Wiesenerdwahlgräber gilt:
- Eine Bepflanzung der Grabstelle ist nicht zulässig
 - Grabschmuck ist spätestens vier Wochen und Holzkreuze sind spätestens 8 Wochen nach der Beisetzung von der Grabstätte zu entfernen. Nach dieser Zeit kann weiterer Grabschmuck an dem dafür vorgesehenen Denkmal abgelegt werden.

- Die Grabstätte soll mit einer erdebenen Steinplatte im Maß 50 cm x 50 cm versehen werden. Eine aufgesetzte Beschriftung oder Symbole auf der Steinplatte sind nicht zulässig.
- (4) Das Nutzungsrecht entsteht nach Zahlung der fälligen Gebühr mit Aushändigung der Verleihungsurkunde.
 - (5) Auf den Ablauf des Nutzungsrechts wird der jeweilige Nutzungsberechtigte 3 Monate vorher schriftlich - falls er nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln ist, durch einen dreimonatigen Hinweis auf der Grabstätte - hingewiesen.
 - (6) Eine Beisetzung darf nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht übersteigt oder ein Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit wiedererworben worden ist.
 - (7) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch einen Vertrag übertragen, der erst im Zeitpunkt des Todes des Übertragenden wirksam wird. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, gilt § 14 Abs. 5 Satz 2 und 3 entsprechend. Das Nutzungsrecht erlischt, wenn es keiner der Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten innerhalb eines Jahres seit der Beisetzung übernimmt.
 - (8) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus dem Kreis des § 14 Abs. 5 Satz 2 und 3 übertragen; es bedarf dazu eine Mitteilung an die Stadt.
 - (9) Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.
 - (10) Abs. 7 gilt in den Fällen der Abs. 8 und 9 entsprechend.
 - (11) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofssatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden, und bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Beisetzungen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.
 - (12) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte.
 - (13) Auf das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit verzichtet werden. Ein Verzicht ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.

§ 16 Beisetzung von Aschen

- (1) Aschen dürfen beigesetzt werden in:
 - a) Urnenreihengrabstätten,
 - b) Urnenwahlgrabstätten,
 - c) anonymen Urnenreihengrabstätten,
 - d) Wahl- und Ehrengabstätten,
 - e) Reihengrabstätten auf den Friedhöfen in den ersten 10 Jahren der Nutzungszeit. Dies gilt nicht für den Hauptfriedhof sowie den Waldfriedhof Oberstedten, dort ist eine Beisetzung in den ersten 20 Jahren der Nutzungszeit möglich.
 - f) Wiesen-Urnenwahlgrabstätten im (Friedhain / Friedgarten).
- (2) Urnenreihengrabstätten sind Aschengrabstätten, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zur Beisetzung einer Asche abgegeben werden.

- (3) Urnenwahlgrabstätten sind Aschengrabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Die Zahl der Urnen, die in einer Urnenwahlgrabstätte beigesetzt werden können, richtet sich nach der Größe der Aschengrabstätte. Im Friedhain und Friedgarten werden Urnenwahlgräber für zwei Urnen vergeben. Für Urnenwahlgräber im Friedhain und Friedgarten gilt außerdem:
- Eine Bepflanzung der Grabstelle ist nicht zulässig
 - Grabschmuck ist spätestens vier Wochen und Holzkreuze sind spätestens 8 Wochen nach der Beisetzung von der Grabstätte zu entfernen. Nach dieser Zeit kann weiterer Grabschmuck an dem dafür vorgesehenen Denkmal abgelegt werden.
 - Die Grabstätte soll mit einer erdebenen Steinplatte im Maß 30 cm x 40 cm versehen werden. Eine aufgesetzte Beschriftung oder Symbole auf der Steinplatte sind nicht zulässig.
- (4) In anonymen Urnenreihengrabstätten werden Urnen der Reihe nach innerhalb einer Fläche von 0,25 m mal 0,25 m je Urne für die Dauer der Ruhezeit beigesetzt. Diese Grabstätten werden nicht gekennzeichnet. Der maximal zulässige Urnendurchmesser beträgt 0,25 m.
- (5) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihengrabstätten und für Wahlgrabstätten entsprechend auch für Urnengrabstätten.

§ 17

Ehrengabstätten, Patenschaftsgrabstätten

- (1) Die Stadt kann einer Grabstätte den Status einer Ehrengabstätte zuerkennen. Mit der Zuerkennung obliegen ihr Anlage und Unterhaltung der Grabstätte. Nach der Zuerkennung bedarf die Bestattung weiterer Angehöriger in der Grabstätte der Zustimmung der Stadt.
- (2) Die Stadt beschließt in jedem Einzelfall über die Verleihung eines Ehrengabes.
- (3) Ehrengräber können auf allen Friedhöfen der Stadt Oberursel (Taunus) eingerichtet werden. Gebühren nach der Friedhofsgebührensatzung werden in diesem Fall nicht erhoben.
- (4) Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die Wahlgrabstätten entsprechend.
- (5) Patenschaftsgrabstätten sind Grabstätten, die unter Denkmalschutz stehen, an denen zum Zeitpunkt der Übernahme der Grabstätte durch die Patin oder den Paten kein Nutzungsrecht bestand. Eine Patin oder ein Pate kann eine natürliche Person oder eine juristische Person sein. Die Patin oder der Pate übernimmt die Pflege und Unterhaltung der Patenschaftsgrabstätte. Ihr oder ihm kann ein gebührenfreies Nutzungsrecht an der Grabstätte eingeräumt werden. Das Nähere regelt eine schriftliche Vereinbarung zwischen der Patin oder dem Paten und der Stadt Oberursel (Taunus). Es werden keine neuen Patenschaftsverträge abgeschlossen. Bestehende Verträge verlieren nicht ihre Gültigkeit.

V. Gestaltung der Grabstätten

§ 18

Allgemeiner Gestaltungsgrundsatz

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

§ 19

Gestaltungsvorschriften für Grabmale

- (1) Auf den Grabstätten dürfen zum Gedenken an die dort Ruhenden Grabmale errichtet werden; sie müssen der Würde des Friedhofes entsprechen. Die maximale Grabmalhöhe über Geländeneiveau beträgt in der Regel bei
- | | |
|---------------------------------|--------|
| a) Erdbestattungs-Wahlgräbern | 1,50 m |
| b) Erdbestattungs-Reihengräbern | 1,20 m |
| c) Urnen-Wahlgräbern | 0,80 m |
| d) Urnen-Reihengräbern | 0,60 m |
- (2) Die Errichtung oder Änderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Stadt. Der entsprechende Antrag ist unter Verwendung eines bei der Stadt erhältlichen Antragsformulars in doppelter Ausführung zu stellen. Folgende Unterlagen sind dem Antrag in doppelter Ausführung beizufügen:
- a) Zeichnung des Grabmales im Maßstab 1:10 oder 1:20; Vorder- und Seitenansicht oder Perspektive oder Lichtbild (Größe 9 x 12 cm) mit den Maßen der einzelnen Grabmale für Höhe, Breite und Stärke sowie der Gesamthöhe des Grabmals,
 - b) Darstellungen der Inschrift nach Inhalt und Anordnung,
 - c) Angabe des Materials und der Bearbeitungsweise.
- Auf Verlangen sind Zeichnungen in größerem Maßstab, farbige Ausführungen oder Schriftzeichnungen in natürlicher Größe und Modelle vorzulegen.
- (3) Bis zur Errichtung eines Grabmals können die Grabstätten mit einem Holzkreuz oder einem gleichwertigen Sinnbild, das den Namen des Verstorbenen trägt, gekennzeichnet werden.
- (4) Die Grabmale einer Gräberreihe sind in eine Flucht zu stellen, die von der Stadt vorgegeben wird.
- (5) Die mit dem Genehmigungsvermerk versehene Zeichnung muss während der Bauarbeiten zur Einsicht bereitgehalten werden.
- (6) Die Zustimmung ist zu versagen, wenn das allgemeine sittliche Empfinden durch das Grabmal, die Grababdeckung oder sonstige Grabausstattung oder die Inschrift, Ornament oder Symbol gestört wird, oder die Gestaltungsvorschriften nicht eingehalten werden.

§ 20

Fundamente, Einfassungen, Abdeckungen

- (1) Alle Gräber dürfen erst nach Erteilen der Grabmalgenehmigung mit einem standfesten und frostsicheren Fundament versehen werden.
- (2) Einfassungen sind zulässig, wenn sie folgende Ausmaße aufweisen:
- | | |
|---|------------------|
| • Urnen-Reihengräber | 0,60 m x 0,40 m, |
| • Urnen-Wahlgräber (ein-oder zweistellig) | 0,75 m x 0,75 m, |
| • Urnen-Wahlgräber (bis zu sechsstellig) | 1,00 m x 1,00 m, |
| • Erdbestattungs-Reihengräber für Kinder | 1,20 m x 0,60 m, |
| • Erdbestattungs-Reihengräber für Erwachsene i.d.R. | 1,90 m x 0,85 m, |
| • Erdbestattungs-Wahlgräber je Grabstelle i.d.R. | 2,50 m x 1,25 m. |

Erdbestattungsgräber sind einzufassen. Die Einfassungen bestehen aus Stein oder Bepflanzung; Einfassungen aus anderem Material sind nicht zulässig. Abweichend hiervon können vorübergehend, bis zu einem Jahr nach der Bestattung, Massivholzrahmen verwendet werden.

- (3) Die Abdeckung muss auf der Grabeinfassung fest aufliegen, sie darf über die Außenkante der Einfassung nicht hinausragen. Bei Urnenreihengräbern kann von der Verwendung von Einfassungen abgesehen werden.

Als Abdeckung werden ein bis zwei Platten aus Stein über die gesamte Fläche des Grabes zugelassen.

Bei der Verwendung von Abdeckungen darf die Gesamthöhe das Geländeniveau und bei Wahlgräbern die Wegekante nicht mehr als 10 cm übersteigen.

- (4) Die Errichtung oder Änderung von Einfassungen und Abdeckungen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Stadt. Die Regelung des § 19 Abs. 2 dieser Satzung gilt entsprechend.
- (5) Urnenwahlgrabstätten im Friedhain und Friedgarten können nur mit einem liegenden bodenebenen Grabmal im Maß 40 cm x 30 cm in einer Mindeststärke von 6 cm und mit eingearbeiteter vertiefter Schrift gekennzeichnet werden. Sonstiger Grabschmuck ist unzulässig.
- (6) Erdwiesenwahlgräber können nur mit einem liegenden bodenebenen Grabmal im Maß 50 cm x 50 cm in einer Mindeststärke von 6 cm und mit eingearbeiteter vertiefter Schrift gekennzeichnet werden. Sonstiger Grabschmuck ist unzulässig.

§ 21

Standicherheit

- (1) Die Grabmale, Einfassungen und Abdeckungen sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemeinen anerkannten Regeln des Handwerks zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können.
- (2) Bei der Belegung einer Grabstätte ist ein vorhandenes Grabmal, gegebenenfalls einschließlich des Fundamentes, vor Beginn des Grabaushubs abzubauen.
- (3) Wenn wegen einer Beisetzung, nach Festlegung der Stadt, Grabmale von Nachbargrabstätten abgehoben werden müssen, ist das von den veranlassenden Nutzungsberechtigten auf ihre Kosten vornehmen zu lassen. Die Nutzungsberechtigten der betroffenen Nachbargrabstätten sind rechtzeitig zu benachrichtigen.
- (4) Die Mindeststärke, die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente, bestimmt die Stadt gleichzeitig mit der Zustimmung nach § 19 Abs. 2. Sie kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung durchgeführt worden ist.

§ 22

Unterhaltung

- (1) Die Grabmale, Einfassungen und Abdeckungen sind dauernd in verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich dafür ist der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (2) Erscheint die Standicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die Nutzungsberechtigten verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann die Stadt auf Kosten des Nutzungsberechtigten

Sicherungsmaßnahmen (z. B. Umlegen von Grabmalen, Absperrungen) treffen. Die Nutzungsberechtigten sind für jeden Schaden haftbar, der durch Umfallen von Grabmalen oder sonstiger baulicher Anlagen oder durch Abstürzen von Teilen davon verursacht wird.

- (3) Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Stadt nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Stadt berechtigt, dies auf Kosten des Nutzungsberechtigten zu tun oder das Grabmal, die Grabeinfassung oder sonstige Grabaufbauten oder die Teile davon zu entfernen; ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung.

§ 23

Entfernung

- (1) Grabmale, Einfassungen und Abdeckungen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Stadt von der Grabstätte entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmale, Einfassungen und Abdeckungen zu entfernen. Sind die Grabmale, Einfassungen und Abdeckungen nicht innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts entfernt, fallen sie entschädigungslos in die Verfügungsgewalt der Stadt. Auf den Fristbeginn wird in geeigneter Weise auf dem jeweiligen Friedhof sowie durch amtliche Bekanntmachung hingewiesen.

VI. Herrichtung und Pflege der Grabstätten

§24

Allgemeines

- (1) Alle Grabstätten müssen würdig hergerichtet und dauernd verkehrssicher instandgehalten werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen und in den dafür vorgesehenen Behältern zu entsorgen.
- (2) Die Höhe und die Form der Grabhügel und die Art ihrer Gestaltung sind dem Gesamtcharakter des Friedhofs, dem besonderen Charakter des Friedhofteils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen und eine maximale Höhe von 1,50 m bei Erdwahl- und Erdreihengrabstätten, sowie 0,90 m bei Urnenwahlgrabstätten haben.
- (3) Für die Herrichtung und die Instandhaltung ist der Nutzungsberechtigte verantwortlich. Die Verpflichtung erlischt erst mit dem Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts.
- (4) Jede wesentliche Änderung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Stadt.
- (5) Es ist nicht gestattet, Gießkannen und andere Geräte auf den Grabstätten oder hinter den Grabmalen aufzubewahren. Ferner dürfen Gießkannen und andere Gegenstände nicht mittels Schlössern jeglicher Art an den öffentlichen Gießkannen-Gestellen und anderen Einrichtungen der Friedhöfe angeschlossen werden. Diese werden ohne vorherige Ankündigung durch die Stadt entfernt.
- (6) Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten sowie Wahlgrabstätten/ Urnenwahlgrabstätten müssen binnen 6 Monaten nach der Beisetzung hergerichtet sein.

- (7) Die Pflege und Unterhaltung der Zwischenstreifen zwischen den Gräbern ist durch die Nutzungsberechtigten der angrenzenden Grabstätten durchzuführen.
- (8) Kunststoffe und andere nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden- und -gestecken nicht verwendet werden. Kleinzubehör wie Blumentöpfe, Grablichter, Plastiktüten aus nicht verrottbarem Material sind vom Friedhof zu entfernen oder in den zur Abfalltrennung bereitgestellten Behältern zu entsorgen.

§ 25

Vernachlässigung

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Nutzungsberechtigte auf Aufforderung in Textform der Stadt die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweis auf der Grabstätte auf Dauer von 3 Monaten. Wird die Aufforderung nicht befolgt, können Reihengrabstätten von der Stadt abgeräumt, eingeebnet und eingesät werden. Bei Wahlgrabstätten kann die Stadt in diesem Fall die Grabstätten auf Kosten des jeweiligen Nutzungsberechtigten in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen.
- (2) Vor dem Entzug des Nutzungsrechts ist der jeweilige Nutzungsberechtigte noch einmal in Textform aufzufordern, die Grabstätte unverzüglich in Ordnung zu bringen. Ist er nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, hat eine nochmalige öffentliche Bekanntmachung zu erfolgen. In dem jeweiligen Entziehungsbescheid ist der jeweilige Nutzungsberechtigte aufzufordern, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb von 3 Monaten seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen. Der Nutzungsberechtigte ist in den textlichen Aufforderungen oder der öffentlichen Bekanntmachung auf die für ihn maßgeblichen Rechtsfolgen des Absatzes 1 Sätze 3 und 4 in dem Entziehungsbescheid auf die Rechtsfolge des §22 Absatz 3 hinzuweisen.
- (3) Verwelkte Blumen, Kränze und sonstiger Grabschmuck kann die Friedhofsverwaltung nach angemessener Frist ohne Ankündigung beseitigen.

VII. Leichenhallen und Trauerfeiern

§ 26

Benutzung der Leichenhallen

- (1) Die Leichenhallen dienen der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie dürfen nur mit Erlaubnis der Stadt und in Begleitung eines Angehörigen des Friedhofpersonals betreten werden.
- (2) Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen die Verstorbenen während der von der Friedhofsverwaltung festgesetzten Zeiten sehen. Die Särge sind spätestens eine Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder der Beisetzung von den Pietäten endgültig zu schließen.
- (3) Die Särge der an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten Verstorbener sollen in einem besonderen Raum der Leichenhalle aufgestellt werden. Der Zutritt zu diesen Räumen und die Besichtigung der Leichen bedürfen zusätzlich der vorherigen Zustimmung des Amtsarztes.

§ 27

Trauerfeiern

- (1) Die Trauerfeiern werden in der jeweiligen Trauerhalle abgehalten.
- (2) Die Aufbahrung des Verstorbenen im Aufbahrungsraum kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.
- (3) Die Trauerfeiern dauern maximal 30 Minuten. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Stadt.
- (4) Termine für Bestattungen und Trauerfeiern werden von der Stadt vorgegeben.

VIII. Schlussvorschriften

§ 28

Alte Rechte

- (1) Soweit nach früherem Recht die Nutzungsdauer für mehrstellige Wahlgräber erst nach Ablauf der Ruhefrist des Letztverstorbenen enden sollte, wird der Ablauf der Nutzungsdauer für diese Gräber auf den 31.12.2011 festgesetzt. Verlängerungen dieser Nutzungsdauer über den 31.12.2011 hinaus erfolgen nach den Bestimmungen dieser Satzung.
- (2) Soweit nach früherem Recht Nutzungsrechte an bestehenden Ehrengräbern auf 50 Jahre verliehen wurden, bleiben diese Rechte unberührt. Verlängerungen dieser Nutzungsdauer erfolgen nach den Bestimmungen dieser Satzung.

§ 29

Haftung

- (1) Die Stadt haftet nicht für Schäden, die durch nichtsatzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen und ihrer Einrichtung, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen.
- (2) Im Übrigen haftet die Stadt Oberursel nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Von dieser Haftung sind ausgenommen alle Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit.

§ 30

Gebühren

Soweit nicht anders geregelt, sind für die Benutzung der Friedhöfe und ihrer Einrichtungen die Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

§ 31

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:
1. sich als Besucher entgegen § 6 Abs. 1 nicht der Würde des Friedhofs entsprechend verhält oder Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt,
 2. entgegen § 6 Abs. 2
 - a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art, ausgenommen Kinderwagen, Rollstühlen und Fahrzeuge welche für die Ausübung von Bestattungsdienstleistungen notwendig sind, befährt,
 - b) Waren aller Art, insbesondere Kränze oder Blumen, oder gewerbliche Dienste anbietet,
 - c) an Sonn- oder Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung Arbeiten ausführt,
 - d) ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig fotografiert,
 - e) Druckschriften verteilt, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen von Bestattungsfeiern notwendig und üblich sind sowie Informationsschriften der Friedhofsverwaltung,
 - f) Abraum oder Abfall außerhalb der dafür bestimmten Stellen ablagert,
 - g) Abraum, Erdaushub, Grünabfälle und Müll jeglicher Art von außerhalb des Friedhofs mitbringt und dort entsorgt,
 - h) den Friedhof, seine Einrichtungen oder Anlagen verunreinigt oder beschädigt, Einfriedungen oder Hecken übersteigt oder Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten oder Grabeinfassungen betritt,
 - i) lärmt, isst, trinkt, lagert, oder sich sportlich betätigt,
 - j) Tiere - außer Blindenhunde - mitbringt,
 - k) die Wasserzapfstellen oder Abfallbehälter zu anderen Zwecken als zur Pflege der Grabanlagen benutzt,
 3. als Gewerbetreibender entgegen § 7 außerhalb der festgesetzten Zeiten Arbeiten durchführt oder Bauteile unzulässig lagert,
 4. entgegen § 19 Abs. 2 oder § 20 Abs. 4 ohne vorherige Zustimmung Grabmale, Einfassungen oder Abdeckungen errichtet oder verändert,
 5. Grabmale, Einfassungen oder Abdeckungen entgegen § 21 Abs. 1 nicht fachgerecht befestigt oder fundamentierte,
 6. Grabmale, Einfassungen oder Abdeckungen entgegen § 22 Abs. 1 nicht in verkehrssicherem Zustand hält,
 7. Grabmale, Einfassungen oder Abdeckungen entgegen § 23 Abs. 1 ohne vorherige schriftliche Zustimmung entfernt,
 8. Kunststoffe oder andere nicht verrottbare Werkstoffe entgegen § 24 Abs. 8 verwendet oder so beschaffenes Zubehör nicht vom Friedhof entfernt oder in den bereitgestellten Behältern entsorgt,
 9. Grabstätten entgegen § 25 nicht ordnungsgemäß herrichtet oder pflegt.
- (2) Jede Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von 10,00 Euro bis zu einer Höhe von 1.000,00 Euro geahndet werden.
- (3) Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung.

§ 32
In-Kraft-Treten/Außer-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Oberursel (Taunus) über die Benutzung der Friedhöfe und ihrer Einrichtungen vom 23.03.2018 außer Kraft

Oberursel (Taunus), den 30.06.2023

Der Magistrat

Antje Runge

Bürgermeisterin

Öffentlich bekannt gemacht durch Hinweisbekanntmachung in der Taunus Zeitung am 01.07.2023